

Beschlussvorlage
- öffentlicher Teil -



ST. INGBERT

Abfall-Bewirtschaftungs-Betrieb St. Ingbert
(Eigenbetrieb ABBS)

Beratungsfolge und Sitzungstermine

N	26.04.2016	Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Werksausschuss
N	09.05.2016	Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Werksausschuss
Ö	12.05.2016	Stadtrat

Abfallentsorgungsgebühren des ABBS

Eine Zwischenbilanz über das erste Halbjahr 2016 wird realisiert, alles weitere muss dem Wirtschaftsplan überlassen bleiben, der Ende des laufenden Jahres vorgelegt werden muss.

Erläuterungen

Abfallentsorgungsgebühren des ABBS

Die SPD-, die UCD-Stadtratsfraktion und die FDP im Stadtrat haben mit E-Mail vom 13.04.2016 diesen Tagesordnungspunkt beantragt.

Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

Die Verwaltung kann zum Zeitpunkt 14.09.2016 einen Sachstandbericht vorlegen. Eine unterjährige Gebührenkalkulation ist nicht sinnvoll und auch aufwendig in der Erstellung. Es ist gängige Praxis eine Überprüfung der Gebührenkalkulation gegen Ende eines Jahres vorzunehmen, um die Entscheidung über eine eventuelle Gebührenerhöhung oder Ermäßigung der Gebühren vorzubereiten.

Eventuell auftretende Überzahlungen über 20 % zum 01.01.2016 zurückzuerstatten, ist wegen des immensen Aufwandes ebenso wenig sinnvoll, da im Januar 2017 schon die endgültigen Abrechnungen erfolgen und dort die Verrechnungen mit Forderungen in 2017 erfolgen oder mögliche Nachzahlungen nacherhoben werden.

In extremen Einzelfällen kann darüber nachgedacht werden, einen individuell bedingten Ausgleich zu ermöglichen, wenn nachweislich die Gewichtsmengen abgenommen haben und damit eine Ermäßigung der verbleibenden Ratenzahlung angemessen erscheint.

Eine Halbjahresbilanz zu erstellen bedeutet einen hohen Aufwand, ist zudem auch wenig aussagekräftig, da viele Einnahmen und Ausgaben saisonal bedingt sind, insbesondere bei der Biotonne im Zusammenhang mit der Entsorgung von Grünabfällen über die Kompostieranlage.

Selbstverständlich beobachtet der ABBS die Entwicklung der Gewichtsmengen; eine Auswertung diesbezüglich wäre möglich.

Was die mehrsprachigen Informationen anbelangt werden die Mitarbeiter der Verwaltung, die mit Flüchtlingen oder mit städtischen Mietern betraut sind versuchen, auf das individuelle Abfallverhalten einzuwirken.

Das Beratungsergebnis der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Werksausschuss vom 09.05.2016 ist als Beschlussvorschlag abgedruckt. Dieser hat sich mit 11 Stimmen dafür und 4 Stimmen dagegen für den Beschluss ausgesprochen.

Anlage

Schreiben der SPD-, UCD-Fraktion und FDP im Stadtrat vom 13. April 2016